

## Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

27.10.2020 Drucksache 18/10879

## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Franz Bergmüller, Christoph Maier, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Martin Böhm, Uli Henkel, Gerd Mannes, Dr. Ralph Müller, Josef Seidl und Fraktion (AfD)

Kein Lockdown – weder durch die regionale Hintertür noch ohne Parlament!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass ein erneuter Lockdown nicht verantwortbare wirtschaftliche, soziale, kulturelle und gesellschaftliche Folgen für den Freistaat Bayern mit sich bringen würde.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen einen neuen Lockdown einzusetzen. Es muss sichergestellt werden, dass dies auch nicht über die kommunale Hintertür durch willkürlich gewählte Inzidenz-Richtwerte geschieht.

Um die Verhältnismäßigkeit zu wahren, müssen zukünftig als zentrale Bewertungskriterien für die Einschätzung der Gefährlichkeit der Lage die Zahl der Schwererkrankten, sowie die Zahl der belegten Intensivbetten durch COVID-19-Patienten und entsprechende Kapazitätsgrenzen herangezogen werden.

Ferner ist die parlamentarische Kontrolle der Maßnahmen und die Mitwirkung des Parlaments als Legislative zu gewährleisten.

## Begründung:

Die Bundeskanzlerin plant einen zweiten Lockdown für Deutschland. Auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder sprach in den letzten Wochen mehrfach von einem möglichen Lockdown. Bereits geplant sind offenbar harte Einschränkungen für Restaurants und

Darüber hinaus droht derzeit ein schleichender Lockdown durch die Hintertür über die Kommunen, welche entsprechend des 7-Tage-Inzidenz-Richtwertes selbstständig zu regionalen Lockdowns getrieben werden. Was sehr fragwürdig ist, denn die 7-Tage-Inzidenz-Richtwerte sind bisher nicht wissenschaftlich belegt, sondern sie sind offenbar rein willkürlich gewählt. Selbst Bundesentwicklungsminister Gerd Müller sprach noch im Oktober davon, dass an den Folgen der Lockdowns "weit mehr Menschen sterben als am Virus". Dies gilt insbesondere für Entwicklungsländer.

Auch hinsichtlich der Wirtschaft sind gravierende Folgen bei einem erneuten Lockdown zu erwarten. Die wirtschaftlichen Zahlen zur Mitte des Jahres 2020 waren dramatisch: 10 Mio. angemeldete Kurzarbeiter in Deutschland, etwa 2 Mio. davon in Bayern. Besonders harte Umsatzeinbrüche in der Reisewirtschaft um 95 Prozent, im Gastgewerbe um 90 Prozent und in Verkehr und Lagerei um 85 Prozent. 1 bis 2 Mrd. wirtschaftlicher Schaden pro Tag Shutdown und über 5 Mrd. Steuerausfälle in Bayern.

Im zweiten Quartal 2020 verringerte sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 10,1 Prozent gegenüber dem 1. Quartal 2020. Das war der stärkste Rückgang seit Aufzeichnung der vierteljährlichen BIP-Rechnungen 1970. Nur die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht auf Bundesebene, die von vielen Experten scharf kritisiert wurde, zögerte eine unmittelbar darauffolgende Insolvenzlawine noch hinaus.

Ein weiterer Lockdown in Deutschland und Bayern würde international ein Signal aussenden, welches auch andere Länder zu einem strengen Lockdown animieren könnte. Das würde den schwer gebeutelten Export erneut hart treffen. Im April brach der Export in der Automobilindustrie je nach Produktionsbereich um etwa 64 bis 96 Prozent ein, die bayerischen Exporte insgesamt haben sich im April 2020 fast halbiert.

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln ermittelte, dass ein Lockdown 2.0 drastische Folgen für die gesamte wirtschaftliche Entwicklung hätte. Noch in diesem Jahr würde das BIP um zwei weitere Prozentpunkte einbrechen und 2021 um mindestens einen weiteren Prozentpunkt. Immer mehr Experten decken auch die sozialen Kosten des Lockdowns auf. In der Studie von Professor Raffelhüschen von der Uni Freiburg wurde ermittelt, dass der erste Lockdown die Deutschen rund 3,8 Mio. Lebensjahre gekostet hat.

Um diese dramatischen Folgen zu verhindern und die irreparable Schädigung der bayerischen Wirtschaft und Gesellschaft durch staatliche Einschränkungen zu stoppen, muss sich die Staatsregierung im Bund wie auch im Land klar gegen einen erneuten Lockdown einsetzen.